



Regierungsrat des Kantons Uri

Auszug aus dem Protokoll

14. April 2020

Nr. 2020-253 R-362-28 Interpellation Karin Gaiser Aschwanden, Erstfeld, zu Digitale Transformation der kantonalen Verwaltung; Antwort des Regierungsrats

I. Ausgangslage

Am 10. April 2019 reichte Landrätin Karin Gaiser, Erstfeld, eine Interpellation zur Digitalen Transformation der kantonalen Verwaltung ein.

Die Interpellantin erwähnt die Aktualität der digitalen Transformation und weist darauf hin, dass die gesamte Geschäftswelt, Private, Bildungsstätten und Verwaltung zugleich davon betroffen sind. So hätten die meisten Banken, Versicherungen und Vorsorgewerke kundenfreundliche Plattformen für ihre Beziehungen mit Privaten und Firmen erstellt. Auf diesen sogenannten Kundencentern finde der «Anwender» mit wenigen Klicks alle für ihn notwendigen Dokumente. Alle aktuell gültigen oder früheren Vereinbarungen, Rechnungen, Kostenaufstellungen usw. seien hinterlegt.

Auf der ansprechend und übersichtlich gestalteten neuen Homepage des Kantons Uri finde man ausführliche Informationen zu Behörden, Verwaltung sowie weitere aktuelle Themen. Bis heute bestehe für Firmen jedoch keine Möglichkeit, auf einer einzigen Plattform alle Beziehungen mit der kantonalen Verwaltung einzusehen und abzuwickeln, so z. B. Steuererklärungen und -rechnungen, Sozialversicherung, Amt für Strassen und Schiffsverkehr, Amt für Migration für Arbeitsbewilligungen usw. Insbesondere für Firmen würde der Kontakt über eine einzige Plattform enorm erleichtert. Zudem würde damit eine komplette Übersicht über die bestehenden und vergangenen Geschäftsbeziehungen ermöglicht.

Unter Hinweis auf Artikel 127 der Geschäftsordnung des Landrats (GO; RB 2.3121) ersucht die Interpellantin den Regierungsrat um Beantwortung von drei Fragen.

II. Vorbemerkungen

Es steht ausser Frage, dass die Digitalisierung in Zukunft die Arbeitswelt grundlegend verändern wird. Das Regierungsprogramm 2016 bis 2020+ schätzt die «Digitale Revolution» als eines der strategiebestimmenden Themen im kommenden Jahrzehnt ein. Die Digitalisierung führt zu tiefgreifenden Veränderungen und wird die Attraktivität des Wohn- und Wirtschaftsstandorts Uri verändern.

Elektronische Dienstleistungen der öffentlichen Hand werden weiter ausgebaut und entwickelt. Die Anwendungsmöglichkeiten betreffen eine Vielzahl von Arbeits- und Leistungsbereichen: Arbeitsbewilligungen, Lernfahrausweise, Baubewilligungen (Camac), Steuererklärungen, Mutationen, Umzugsmeldungen (eOperations), Beschaffungswesen (simap.ch, eoperations.ch), E-Kommunikation, E-Geschäftsverwaltung (gever), E-Informationsplattformen (Websites), E-Transaktionsplattformen für E-Anzeigen, E-Strafregisterauszüge, E-Zolldeklarationen, E-Lohndatenübermittlungen, E-Faktura und anderes mehr.

Der Regierungsrat hat sich eingehend mit der angesprochenen Thematik beschäftigt und dabei die Chancen und Risiken der Digitalisierung abgeklärt.¹ Basierend darauf hat der Regierungsrat den Rahmen für die Weiterbearbeitung des Geschäfts abgesteckt und eine verwaltungsinterne Projektgruppe mit der weiteren Konkretisierung der «Digitalisierungsstrategie Kanton Uri» beauftragt.

Die Digitalisierungsstrategie dient als Grundlage, um diesen Wandel zu bewältigen, zu begleiten und unterstützend zu beeinflussen. Dazu ist eine Grundhaltung notwendig, die auf der Weiterentwicklung der eigenen Stärken basiert und eine positive innere Dynamik entwickelt.

III. Zu den gestellten Fragen

1. *Ist grundsätzlich eine technische Umsetzung solcher Plattformen für juristische Personen und/oder Private grundsätzlich möglich?*

Technisch ist der Aufbau einer solchen Plattform für juristische Personen möglich. Die Probleme sind eher organisatorischer und datenschutzrechtlicher Natur. Zudem sind die betroffenen Amtsstellen auf mehreren föderalen Ebenen tätig und arbeiten in gewachsenen Strukturen, die verwaltungsintern mit jeweils eigenen Programmen und Datenbanken arbeiten, die nicht untereinander kommunizieren können. Der Aufbau einer solchen Plattform bedarf daher einer grundlegenden Neuausrichtung an Informatik-Ressourcen und Zusammenarbeitsmodellen, damit Synergien entstehen, die eine nutzerfreundliche Plattform zulassen.

Der Kanton Uri hat zwar durch seine überschaubare Grösse Vorteile, eine Umsetzung durchzuführen. Aber er ist in Bereichen wie des Handelsregisters, der Mehrwertsteuer, Sozialversicherungen und weiterer Dienstleistungen auch auf Bund und Dritte angewiesen, die ihre Systeme an eine Urner Plattform für juristische Personen anschliessen würden.

Die Erstellung einer Urner Plattform für juristische Personen ist ohne die Zusammenarbeit Bund und Dritten lückenhaft und daher nur unbefriedigend umsetzbar.

Bei privaten Personen sieht es insofern besser aus, da die meisten Dienstleistungen für Private von den Gemeinden und dem Kanton angeboten werden. Mit dem Aufbau der Online-Steuererklärung erfolgt hier der Startschuss einer ganzheitlichen Dienstleistungsplattform. Im Gegensatz zu den juristischen Personen kann mit der voraussichtlichen Nutzung einer zukünftigen eID oder Swiss ID die

¹ Hochschule Luzern, Institut für Betriebs- und Regionalökonomie IBR, Chancen und Risiken der Digitalisierung im Kanton Uri; Grundlage für die Erarbeitung einer kantonalen Digitalisierungsstrategie, Luzern, August 2019

Verknüpfung von Dienstleistungen erfolgen, ohne alle Dienste in eine Plattform zu zwingen und die Datenbanken verknüpfen zu müssen.

Allerdings wird der Kanton Uri sowohl für private wie auch für juristische Personen keine eigene Plattform entwickeln können, da die Kosten zu hoch wären und die personellen Ressourcen fehlen. Ziel ist es jedoch, als «early follower» am Aufbau solcher ganzheitlichen Plattformen in Kooperationen mit anderen Kantonen mitzuarbeiten.

2. Ist die Realisation für Firmen und/oder Private vorgesehen? Wenn ja, wie sieht der Zeitplan aus?

Bei der angesprochenen Digitalisierungsstrategie geht es nicht nur um Plattformen für juristische Personen und/oder Private; sie ist viel weiter gefasst. Der Regierungsrat hat dazu Ziele und Massnahmen priorisiert, die es nun zu konkretisieren gilt. Im Zusammenhang mit der Interpellation sind insbesondere die folgenden Ziele und Massnahmen erwähnenswert:

- Wir nutzen innerhalb des Kantons die kantonale Verwaltung als Treiberin der Digitalisierung, indem insbesondere Schnittstellen zu Gemeinden, Wirtschaft und Bevölkerung digitalisiert werden.
- Wir nutzen unsere hohe Flexibilität und Reaktionsfähigkeit, um beim Aufbau und bei der Anwendung neuer Kommunikationstechnologien eine Vorreiterrolle einzunehmen.
- Wir verfügen über eine bürgerfreundliche, effiziente Verwaltung 4.0.
- Wir fördern die Bereitschaft sowie das Verständnis zum digitalen Wandel.
- Wir sensibilisieren die Einwohnerinnen und Einwohner, wie Digitalisierung unser Leben erleichtern kann und wie wir die Digitalisierung zu unserem Vorteil einsetzen wollen.
- Wir zeigen mit Innovationsprojekten und Modellvorhaben den konkreten Nutzen der Digitalisierung auf.

Der Zeitplan des Regierungsrats sah ursprünglich vor, dass die Digitalisierungsstrategie im 3. Quartal 2020 vorliegt und ihre wesentlichen Inhalte in das Regierungsprogramm 2020 bis 2024 einfliessen. Der Zeitplan muss aufgrund der Corona-Pandemie angepasst werden. Dabei sind auch die Erstellung von Schnittstellen² beim Bund und Dritten sowie die Bereitschaft zur Umsetzung bei weiteren Kantonen zu berücksichtigen.

3. Wenn nein: Ist der Regierungsrat gewillt - in erster Linie als bedeutende Erleichterung für juristische Personen - die Implementation von Kundencentern zu prüfen? Wenn nein: Bitte begründen

Der Regierungsrat ist bereit, die Implementierung von Kundencentern oder ähnliche Ansätze mit der von der Interpellantin beabsichtigten Wirkung im Rahmen der erwähnten Digitalisierungsstrategie zu prüfen.

² Motion (18.4276) «Erleichterter Informationsaustausch durch die Einführung von elektronischen Schnittstellen in der Bundesverwaltung» <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20184276>

Mitteilung an Mitglieder des Landrats (mit Interpellationstext); Mitglieder des Regierungsrats; Rathauspresse; Standeskanzlei; Direktionssekretariat Volkswirtschaftsdirektion und Volkswirtschaftsdirektion.

Im Auftrag des Regierungsrats

Standeskanzlei Uri

Der Kanzleidirektor

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'D. B. C.', written in a cursive style.